

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 22.02.2023**

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:57 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau

**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr und stellt die form- und fristgerechte Ladung, sowie die Beschlussfähigkeit mit acht stimmberechtigten Mitgliedern fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung werden keine Anträge oder Änderungswünsche vorgebracht und der **Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.12.2023 Sondersitzung HPA und der Niederschrift vom 18.01.2023 HPA**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** bringt die Niederschrift vom 20.12.2022 zur Abstimmung und korrigiert den Tippfehler der Einladung. Statt 20.12.2023 muss es heißen: Niederschrift vom 20.12.2022.

Die Niederschrift des Haupt- und Personalausschusses vom 18.01.2023 wird ebenfalls zur Abstimmung gebracht. Wortmeldungen werden keine erhoben.

**Abstimmungsergebnis:** 7:0:1 Niederschrift vom 20.12.2022  
6:0:2 Niederschrift vom 18.01.2023

**4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt den Beschluss aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 18.01.2023 bekannt.

**Nichtöffentliche Beschlüsse  
der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 18.01.2023**

**9.1 Unternehmensangelegenheiten  
Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2022 der  
Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR)  
Vorlage: BV/439/2022/II-20BTM**

ungeändert beschlossen  
Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Herr Stadtrat Picek, Pro Dessau-Roßlau, ist zur Sitzung erschienen und somit erhöht sich die Zahl der stimmberechtigten um eine weitere Person.

**5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

Es wurden keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum getroffen.

**6 Einwohnerfragestunde**

Es liegen drei schriftliche Anfragen eines Bürgers vor. Der Bürger selbst ist nicht anwesend, daher werden die Fragen zu Protokoll genommen und schriftlich beantwortet.

Die vorliegenden Fragen werden wörtlich übernommen.

**Frage 1**

Warum wird nicht geantwortet, auch vom Oberbürgermeister nicht Zeitgerecht ein Zwischenbescheid erteilt und wann ist jetzt mit der Antwort zu rechnen?

Im Hauptausschuss am 16.11.stellte ich folgende Frage.

Ab welchem Zeitpunkt werden Niederschriften und andere Unterlagen hier im Hause archiviert?

Laut Verwaltung gibt es Unterschiede zwischen archivierten und unarchivierten Niederschriften im Preis der Einsichtnahme. Meiner Meinung nach werden die Unterlagen nach Bestätigung archiviert das Sie bei Bedarf zur Verfügung stehen. Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann sollte hier dringend abgeklärt werden wo sich diese Unterlagen dann befinden. Irgendwann werden die Unterlagen archiviert was ist bis dahin. Vielleicht liegen Sie irgendwo herum oder ein Mitarbeiter nimmt sie mit nach Hause. Ich weiß es nicht wie hier der Umgang mit Unterlagen der Stadt gehandhabt wird.

Bei meinen früheren Einsichtnahmen standen die Niederschriften mehrerer Jahre in Ordnern im Büro des Mitarbeiters. Ich nahm an dies sei die Archivierung. Es gibt selbstverständlich Akten zum Beispiel aus den 30 Jahren die sind archiviert im Stadtarchiv.

Die Niederschrift des Stadtrates vom 14.09.2022 ist nicht archiviert worden laut Verwaltung. Nach Genehmigung der Niederschrift durch den Stadtrat am 19.10.2022 war dieser Vorgang Eigentlich abgeschlossen. Irgendwas muss ja dann mit der Niederschrift passiert sein.

Bis zum heutigen Zeitpunkt ist dazu keine Antwort eingetroffen und auch keine im Ratsinformationssystem ersichtlich.

Auch der dann fällige Zwischenbescheid des Oberbürgermeisters, bei Zeitüberschreitung bei der Antwort ist nicht eingetroffen.

## Frage 2

Wieso wurde dort überall keine Energie verbraucht?

Ich hatte hie eine Anfrage zum Energieverbrauch der Stadt bei der Weihnachtsbeleuchtung und beim Weihnachtsmarkt gestellt.

Die Stadt teilte mit 220 Euro seien in der Saison 2022/2023 für die Beleuchtung am Rathaus ausgegeben worden.

Das ist sehr schön. Aber meiner Meinung nach nicht alles. Von Museumskreuzung bis Bauhausmuseum erstrahlte die Straße mit Weihnachtsbeleuchtung. Da die Stadt die Energiekosten ja nicht bezahlt hat, wäre sehr interessant zu wissen wer dieses bezahlt hat. Auch die Weihnachtstore die die Stadt extra für den Weihnachtsmarkt angeschafft hat scheinen keinerlei Energiekosten zu verursachen.

In der Marktordnung ist auch festgelegt das Kosten für den Verbrauch von Energie erhoben werden.

Ich gehe davon aus das dies auf dem Weihnachtsmarkt ähnlich ist.

Laut Berechnung der Stadt ist dort überhaupt keine Energie verbraucht worden. Keine Energie für Fettbackgeräte oder Fritteusen für Pommes. Alles Licht dort benötigte keine Energie. Die Musik auch nicht. Auch Karussells und Riesenrad alles ohne Energie. Dieses Konzept sollte die Stadt verkaufen, dann wird sie reich.

## Frage 3

Wer ist Zuständig für das einsehen von Antworten von Fragen der Einwohnerfragestunde?

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 7.1 Bericht der Beigeordneten aus dem Ukrainestab

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erteilt **Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren**, das Wort.

Mit Stand 21.02.2023 sind insgesamt 1.385 ukrainische Geflüchtete in unserer Stadt. Davon sind 1.365 mit ukrainischer Staatsangehörigkeit.

Es sind 131 Kinder im Kindergartenalter und 333 schulpflichtige Kinder.

Sonstige Staatsangehörigkeiten beziffern sich auf 20 Personen.

In der Turnhalle sind zurzeit von den 150 Plätzen 87 belegt. Davon sind 22 Familien mit insgesamt 56 Personen und 31 Einzelpersonen.

In der GfM sind von den 75 Plätzen 69 belegt. Das sind 22 Familien mit 68 Personen und eine Einzelperson.

Im Wohnheim in der Randelstraße 12 sind von den 46 Plätzen 19 belegt. Das sind sechs Familien mit 15 Personen und vier Einzelpersonen.

In den insgesamt 278 Wohnungen sind 753 Personen untergebracht. Hierbei handelt es sich um 218 Familien mit insgesamt 681 Personen. In 60 Wohnungen sind 72 Einzelpersonen untergebracht.

In den nächsten Monaten wird das Problem mit der Turnhalle sicher gelöst werden können durch die Bemühungen einer dezentralen Unterbringung in Wohnungen.

73 Kinder wurden in KiTas aufgenommen und die Integration läuft gut.

**Herr Stadtrat Schönemann, Die Linke**, fragt nach den Kapazitäten bei weiteren Zuzug.

**Frau Hachmann** antwortet darauf, dass es noch freie Kapazitäten gibt und es wird versucht, alle Flüchtlinge gut unterzubringen, sowie Kindergarten- und Schulplätze zu garantieren. Beziffern möchte Frau Hachmann es nicht.

**Herr Stadtrat Kellner, CDU**, möchte wissen, ob sich schon mit seiner angebrachten Frage bezüglich Sanierung der Turnhalle beschäftigt wurde.

Die zweite Frage bezieht sich auf das ursprünglich genannte Datum, der Freigabe der Turnhalle bis Ende März. Dieses kann dann wohl nicht gehalten werden.

Herr Kellner äußert Befürchtungen, dass andere Kommunen Dessau-Roßlau um Hilfe bitten bei der Unterbringung der Flüchtlinge und die Turnhalle so wieder voll wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass es bei der Unterbringung der Flüchtlinge klare Schlüssel gibt, wonach die Verteilung auf die Kommunen erfolgt.

Nötige Sanierungen, Instandhaltungsmaßnahmen werden rechtzeitig auf den Weg gebracht. Probleme bei der Nutzung für den Sport sieht Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nicht. Es wird mit dem Zentralen Gebäudemanagement geschaut, zu welchen Zeiten man die Instandhaltungen durchführen kann, um die Nutzung der Sportstätte so wenig wie möglich zu beeinträchtigen.

Auf lange Sicht muss in Dessau-Roßlau eine Antwort darauf gefunden werden, solche Situationen zu meistern. Gedanklich müssen Wege erarbeitet werden, zukünftig

die Sportstätten nicht zwingend wieder in Anspruch nehmen zu müssen. Das wird noch zu diskutieren sein, sicher auch im politischen Raum.

**Herr Stadtrat Kellner, CDU**, gibt den Hinweis, dass es mehr zu tun gibt in der Sporthalle als nur mal ein Kabel zu tauschen. Er ist der Meinung, dass die Halle in einem schlechten Zustand ist.

**Frau Hachmann** kennt den Zustand der Sportstätte. Sie war persönlich mit Herrn Kuras vor Ort. Der Bodenbelag ist ein großes Thema und muss gemacht werden, ebenso die Sanitäranlagen. Die Problematik ist allen bewusst. Es wird im Vorfeld schon informiert und geplant, damit die Instandhaltung schnell umgesetzt werden kann.

**Herr Stadtrat Mrosek, AfD**, möchte wissen, welche anderen Nationalitäten es sind bei den genannten 20 Personen.

Weiterhin bittet er um die Wiederholung der Ausführungen, wie viele Wohnungen belegt sind und mit wie vielen Personen.

**Frau Hachmann** antwortet auf die Frage der sonstigen Nationalitäten, dass diese zusammengefasst werden. Die einzelnen Nationalitäten lässt sie ihm schriftlich zukommen. Weiterhin stellt Frau Hachmann klar, dass es sich um Menschen handelt, die einen rechtmäßigen Aufenthalt in der Ukraine hatten.

In Dessau sind 278 Wohnungen voll belegt. Das sind Kapazitäten für 753 Personen. Es wird weiterhin nach verfügbaren Wohnungen gesucht und diese werden hergerichtet und vorbereitet, dass Personen dort noch untergebracht werden können.

Weitere Fragen zum Tagesordnungspunkt gibt es keine.

## 7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Stadtrat Kellner, CDU**, bedankt sich bei der Stadtverwaltung für den tollen Karnevalsanzug und der Unterstützung durch die Verwaltung, neben den vielen ehrenamtlichen Akteuren. Das macht Spaß auf mehr und auf das Stadtfest, wo hoffentlich Ehrenamt und Hauptamt genauso gut zusammenarbeiten.

Herr Kellner wurde von Ortschaftsräten gefragt, ob sie einen Zugang zum Session-Net haben oder kommen sie nur über das Ratsinfosystem an Informationen.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erklärt, dass Ortschaftsräte, die gleichzeitig Stadträte sind, sowie Ortsbürgermeister einen Zugang zum Session haben. Alle anderen erhalten die Sitzungsunterlagen per Mail.

Weitere Anfragen oder Mitteilungen gibt es nicht.

## 8 Beschlussfassungen

### 8.1 Wechsel in der Besetzung des Stiftungsrates der Stiftung Bauhaus und im Kuratorium der Kulturstiftung DessauWörlitz Vorlage: BV/021/2023/I-OB

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erkundigt sich bei den Stadträten, ob es zu dieser Beschlussvorlage Fragen oder Einführungswünsche gibt. Dies ist nicht der Fall und die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt.

#### Beschluss:

1. Für die verbleibende Berufsperiode wird die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün, Frau Jacqueline Lohde in den Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus bestellt. Die Berufsperiode beträgt vier Jahre. Sie endet am 17.02.2024.
2. Als Abwesenheitsvertreter für beide Vertreter im Stiftungsrat der Stiftung Bauhaus wird der Beigeordnete für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, Herr André Ulbrich bestellt.
3. Als Abwesenheitsvertreter für den Oberbürgermeister im Kuratorium der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz wird der Beigeordnete für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, Herr André Ulbrich bestellt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

### 8.2 Entsendung eines Beigeordneten in den Aufsichtsrat der Industriehafen Roßlau GmbH Vorlage: BV/042/2023/I-07

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** erkundigt sich bei den Stadträten, ob es zu dieser Beschlussvorlage einen Einführungsbedarf oder Aussprachewunsch gibt. Dies ist nicht der Fall und die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt.

#### Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau entsendet den Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit, **Herrn Stefan Horváth**, in den Aufsichtsrat der Industriehafen Roßlau GmbH.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

**8.3 Beschluss zur Bewerbung für die Bundesgartenschau 2035 in Dessau-Roßlau**  
**Vorlage: BV/010/2023/III-63**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** übergibt das Wort an **Frau Bürgermeisterin Lohde**, die in die Beschlussvorlage mit einer Power Point Präsentation einführt. Diese wird an die Niederschrift angefügt.

Zur weiteren Veranschaulichung bekam jeder Stadtrat eine Präsentationsbroschüre „Eine Stadt wird BUGA- Machbarkeitsstudie zur Bundesgartenschau 2035 in Dessau-Roßlau“ ausgehändigt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** eröffnet die Fragerunde.

**Herr Stadtrat Mrosek, AfD**, begrüßt die Aufwertung einzelner Stadtteile, die durch die BUGA umgesetzt werden könnten. Es kann niemand etwas dagegen haben. Allerdings äußert er auch Kritik. Anhand der ausgeteilten Broschüre auf Seite 19, bemängelt er den dort beschriebenen Rückbau der Autogerechten Stadt.

Der Individualverkehr wird total zurück gefahren?

Eine weitere Frage bezieht sich auf die genannten Expressverbindungen.

(Prospekt Seite 33) Was bedeutet eine Expressverbindung für neue Mobilität?

Von Seite 51 der Broschüre zitiert Herr Mrosek: „...Neusortierung der Funktionsbereiche schafft Platzangebote für Bürgerinnen und Bürger für neue Mobilitätsangebote...“ Was ist darunter zu verstehen?

Weiterhin gibt Herr Mrosek zu bedenken, dass es bei der Realisierung personell zu Engpässen kommen kann beim derzeitigen Fachkräftemangel.

Bei der nachhaltigen Bewirtschaftung sieht Herr Mrosek Probleme, da ja heute schon sichtbar ist, dass es kaum geschafft wird, Straßen und Wege vom Unkraut zu befreien. Wie soll das dann funktionieren?

Eine Frage geht in Richtung des Beigeordneten für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung, Herr Ulbrich. Wie können wir das finanziell stemmen?

**Frau Dr. Lott, Referatsleiterin Stadtgrün**, erklärt, dass die Aufgabe darin besteht, überdimensionierte Verkehrsräume kleiner zu machen. Dies ist beispielsweise in der Kavallerstraße gut gelungen. Ziel ist es, die Aufenthaltsqualität zu verbessern, zur Klimaentlastung beizutragen und den Wassermangel zu kompensieren. Man spricht hier vom Schwammstadtgedanken.

Expressverbindungen, hier auch Expressfugen genannt, sind die Strecken, die direkt von einer Attraktion zur nächsten führen. Fr Dr. Lott führt als Beispiel an die Kavallerstraße zur alten Schade-Brauerei, weiter über den Albrechtsplatz bis hin zum Areal des Schillerparks. Dies ist in der Broschüre gut beschrieben. Es wurde an Familien mit Kindern gedacht und an ältere Menschen, die vielleicht nicht soweit laufen können.

**Frau Bürgermeisterin Lohde** weiß, dass es zu zusätzlichen Einstellungen von Personal kommen muss. Sie sieht hier eine Chance, gute Fachleute gewinnen zu können. Die Personalkosten sind in der vorliegenden Kostenschätzung enthalten.

**Herr Stadtrat Mrosek** gibt zu bedenken, dass die Menschen, auch aus dem Umland, mit dem Auto zum Einkauf fahren wollen. Das wird schwierig, wenn es keine Parkmöglichkeiten gibt. Der ÖPNV wird dies nicht abfangen können.

**Frau Bürgermeisterin Lohde** argumentiert, dass es in Dessau-Roßlau viele autolas-tige Standorte gibt, die zum Teil unnötig sind. Sie vertritt die Meinung, dass der Mensch im Vordergrund stehen sollte und nicht das Auto.

**Herr Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung** antwortet auf die Kostenfrage von Herrn Mrosek, dass die BUGA Dessau-Roßlau finanziell darstellbar ist. Wenn es jetzt einkalkuliert wird, ist es finanziell in den nächsten Jahren tragbar.

**Herr Stadtrat Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau**, findet, dass es der Stadt auf lange Sicht viel bringen kann. Seine Frage richtet sich auf die Unterstützung der Landesregierung. Ihm ist die Formulierung aufgefallen, wo die Wörter vorstellbar und könnte verwendet werden. Hier sieht er einen Widerspruch und fragt, ob das noch ein Problem werden kann.

**Frau Bürgermeisterin Lohde** erklärt, dass es sein könnte, dass die Landesregie-rung sich nicht beteiligen möchte. Daher die Zurückhaltung in der Formulierung. Man möchte der Landesregierung in seinen Entscheidungen nicht vorgreifen. Der richtige Weg kann nur ein deutliches Votum für die BUGA aus der Kommune sein. Das ist das Zeichen an das Land und es wird davon ausgegangen, dass dem das Votum der Landesregierung folgt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** ergänzt, diese Prozesse laufen parallel ab. Der Landesregierung ist bekannt, dass Unterstützung notwendig ist, um so ein Vorhaben umzusetzen. Es muss jetzt ein klares und starkes Signal aus der Kommune kommen, dann rechnet man mit dem Unterstützungsbekennnis des Landes. Die Formulierungen sind wohl überlegt und kein Grund zur Sorge.

**Herr Stadtrat Schönemann, Die Linke**, steht mit seiner Fraktion hinter den Plänen. Er hebt einzelne Punkte der Präsentation hervor, die er besonders gut findet und be-fürwortet das Konzept.

**Herr Stadtrat Dreibrodt** äußert eine formelle Anmerkung, die die Redezeit des Stadtrates Herrn Schönemann betrifft, mit Bitte um Beachtung.

**Herr Stadtrat Fackiner, Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste**, steht mit seiner Fraktion hinter der Bewerbung für die Ausrichtung der BUGA in 2035. Er sieht es unter anderem als einmalige Chance, das Wörlitzer Gartenreich stärker mit dieser Stadt zu verbinden. Hoffnung legt er in die Beteiligung der Bürgerschaft und der ansässigen Wirtschaft.

Es muss aber auch ehrlich gesagt werden, dass die finanzielle Konzentration auf das, was jetzt geleistet werden muss, bedeutet, dass sich von dem ein oder anderen Projekt ein Stück weit verabschiedet werden muss.

**Herr Stadtratsvorsitzende Rumpf** erschien während der Ausführungen um 17:34 Uhr zur Sitzung. Somit sind 10 stimmberechtigte Mitglieder vollständig vertreten.

**Herr Stadtrat Herr Fricke, SPD**, weist auf die über Jahre finanzielle Belastung hin. Die sollte jedem bewusst sein. Auch eventuelle Risiken, die die Umsetzung im Nachgang teurer machen, sind nicht außer Acht zu lassen. Trotz allem stimmt er mit Überzeugung und Freude für die Ausrichtung der BUGA. Seine Frage richtet sich an die Formulierung in der Bewerbung: Vorbehalt der notwendigen Unterstützung. Was bedeutet das.

**Frau Bürgermeisterin Lohde** erklärt, dass 75% aus Fördermitteln finanziert werden. Die Quote von 25% Eigenanteil soll auf 15% reduziert werden. In Erfurt ist das gelungen. Eine Ausrichtung ohne Fördermittel sei nicht ratsam, daher die Formulierung unter Vorbehalt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** ergänzt, dass es eine notwendige Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Bewerbung, dass das Land sich zur Bundesgartenschau in Dessau-Roßlau bekennt. Das sei damit gemeint.

**Frau Stadträtin Grabner, Die Grünen, FDP, Neues Forum, Bürgerliste**, fragt, wie das im Landtag formell abläuft.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** berichtet, dass mit drei Fachministerien gesprochen wurde, mit dem Ministerium für Wirtschaft und Tourismus im Besonderen. Unsere Anfrage liegt vor, man ist im Gespräch mit den Landtagsabgeordneten und es gibt weiterhin Gespräche.

**Herr Stadtrat Mrosek** ergänzt, dass Investitionen über 20.000€ vom entsprechenden Ausschuss beschlossen werden und danach geht es durch den Landtag.

**Herr Stadtrat Picek, Pro Dessau-Roßlau**, knüpft an das Thema Finanzen an und findet es gut, dass von Anfang an mit der nötigen Transparenz gearbeitet wird. Mit welchen Zahlen wird beim Land angefragt und bekennt sich das Land zu eventuellen Kostensteigerungen?  
Wie sieht es im Durchführungshaushalt aus? Sind dort potentielle Kostensteigerungen berücksichtigt?

Dem Land liegt die Finanzierungskonzeption so vor wie sie sie auch hier vorliegen haben, so **Frau Dr. Lott**.

Der Durchführungshaushalt enthält diese 40% Prognose nicht. Er enthält aber schon eine Zukunftsprognose der Eintrittshöhe.

**Herr Stadtrat Picek, Pro Dessau-Roßlau**, fragt nochmals nach, zu welchen Zahlen bekennt sich das Land. Bekennt sich das Land zu Kostensteigerungen?

**Frau Dr. Lott** geht nicht davon aus, dass sich das Land zu einer Absolutzahl bekennen wird.

Mit dem Bekenntnis der Unterstützung bekommen wir die Unterstützung, die wir hier dargestellt haben.

**Herr Stadtrat Kellner, CDU**, ist der Meinung, dass eine Bekenntniszusage gefordert werden sollte.

**Herr Stadtrat Schönemann, Die Linke**, sieht die Vorlage als Sachstandsinformationsbericht. Da kann es noch keine Zustimmung seitens des Landes geben. Bekannt ist, dass es Diskussionen gibt, woraus zu erkennen ist, dass es Unterstützung geben soll. Die Fraktion hat im Landtag dafür geworben und dort ist man dabei, Dessau-Roßlau in seiner Bewerbung dabei zu unterstützen.

Weitere Anfragen gibt es keine und Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

1. Die in der Anlage 2 beigefügte Machbarkeitsstudie mit dem Motto „Eine Stadt wird BUGA“ wird als Grundlage für die Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau für die Bundesgartenschau 2035 bestätigt.
2. Die Stadt Dessau-Roßlau bewirbt sich hiermit um die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2035.
3. Die in der Machbarkeitsstudie dargestellten finanziellen Aufwendungen für Investition und Durchführung werden Teil der mittelfristigen und jährlichen Haushaltsplanung der Stadt Dessau-Roßlau.
4. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Einreichung der Bewerbung bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft in 2023.
5. Die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau wird beauftragt, mit der Landesregierung zu Vereinbarungen der Unterstützung zu kommen.
6. Die Bewerbung steht unter dem Vorbehalt der notwendigen Unterstützung der Landesregierung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **8:0:2**

**13 Schließung der Sitzung**

**Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 18:57 Uhr.

Dessau-Roßlau, 08.11.23

---

Dr. Robert Reck  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

---

Sabine Bittner  
Schriftführer